

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 02 22. Januar 1997

→ **Götter und Germanen** Seite 3

Gruppierungen aus dem neuheidnischen Spektrum beschwören mit Vorliebe die Riten und Kulte der alten Germanen. Die Mehrzahl dieser Organisationen ist unübersehbar ins rechtsextremistische Lager verstrickt

→ **Traum von Deutsch-Südwest** Seite 6

Rechte Kolonialnostalgiker schwärmen gerne von den „Deutschen Schutzgebieten“ in Ostafrika. Einem Traditionsverband wird hierbei gar Unterstützung von höchster politischer Ebene zuteil.

→ **Nein zu Europa?** Seite 9

Nationalistische Europa-Gegner aus verschiedenen Staaten zeigen zunehmend Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit.

→ **Thema Rechtsextremismus** Seite 10

Für den Deutschen Bundestag standen Rechtsextremismus und Antisemitismus im vergangenen Jahr wiederholt auf der Tagesordnung. BNR hat die Parlamentarischen Vorgänge in 1996 zusammengestellt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abonnement. Alle 14 Tage zum Preis von DM117,- jährl.
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Der 27. Januar:

Gedenken an den Holocaust

Der erste Versuch ging ziemlich daneben. Nun steht die Bundesrepublik vor der zweiten Chance, der Holocaust-Opfer zu gedenken. Als Bundespräsident Roman Herzog um die Jahreswende 1995/96 den 27. Januar zum zentralen Gedenktag für die Opfer des Völkermordes bestimmte, stand bereits fest, daß einiges schief laufen werde. Erstens deshalb, weil er selbst einen Auslandsbesuch vor sich hatte. Die Reise war seit langem geplant, das Staatsoberhaupt konnte also nicht an der Gedenkstunde im Bundestag teilnehmen. Zweitens kam das Parlament nicht am Tag der Befreiung von Auschwitz nach Bonn, sondern eine Woche früher.

1997 ist vieles anders, es konnte langfristig geplant werden. In Kürze werden wir wissen, ob angemessen oder nicht. Denn eines soll an diesem Tag auch nach Herzogs Vorstellungen nicht gemacht werden: In gedeckten Anzügen und Kleidern irgendwo Kränze niederlegen. Herzog möchte vor allem junge Menschen ermuntern, darüber nachzudenken, was das heißt - ein ganzes Volk zu ermorden, vertraute Nachbarn von heute auf morgen verschwinden zu lassen, Familien aus ihren Wohnungen zu verjagen, Kirchen zu brandschatzen. Spätestens Anfang Februar werden wir erfahren, ob diese Chance wahrgenommen worden ist.

Der Schatten, in dem der Gedenktag steht, verheißt nicht viel Gutes. In Berlin haben soeben die Beratungen darüber begonnen, wie denn nun die zentrale Holocaustgedenkstätte aussehen soll. Das Verfahren ist längst zu einer Art von Groteske verkommen. Die Entscheidungen waren gefallen, die Preisträger des Architektenwettbewerbs benannt, doch dann kam lautes Knurren vom Rhein. Dem Bundeskanzler paßte der Entwurf nicht, und schon erscholl in Ost und West, in Nord und Süd kanzlergefälliges „So nicht!“ Auch besonnene Leute hatten Bedenken. Ignatz Bubis zum Beispiel wandte ein, es würden gewiß die Namen einiger oder vieler Opfer auf der großen Gedenkplatte vergessen werden. Kurzum - ohne sich um das demokratisch zustandegekommene Votum zu kümmern, hieß es: Einfach noch einmal beraten und abstimmen. Kein gutes Omen, doch es kam noch schlimmer.

Im Jahre 1995, ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Nazi-Terrors, hatte der CDU-SPDgeführte Berliner Senat beschlossen, zum 60. Jah-

restag der Novemberpogrome von 1938 auf dem Prinz Albrecht-Gelände das NS-Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ zu errichten. Kosten 45 Millionen Mark, Beteiligung des Bundes: 17,5 Millionen. Das Gelände bot sich für das Zentrum geradezu an, denn auf ihm stand bis 1945 das Reichssicherheits-Hauptamt der SS. Dort wurden die KZ's, die Gestapo-Folterkammern, Auschwitz und Birkenau geplant und entworfen. Der Beginn der Bauarbeiten wurde mit einem Festakt zelebriert. Bundesbauminister Klaus Töpfer höchstselbst saß in der ersten Reihe im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses. Dann begannen in Berlin die Haushaltsberatungen. Die Finanzsenatorin legte die Karten ungezinkt auf den Tisch, und jetzt war nicht mehr zu verheimlichen, was längst fast alle wußten: Berlin steckt in der tiefsten Finanzkrise seiner Nachkriegsgeschichte. Nun war Sparen angesagt, und dem Rotstift fiel auch die „Topographie des Terrors“ zum Opfer. Wenn gespart werden muß, sollte es keine Tabus geben.

Angelegenheit aller Deutschen

Wenn das einsichtig begründet wird, kann man darüber diskutieren. Eberhard Diepgen (CDU), Berlins Regierender Bürgermeister, hielt es indes für angebracht, dem Sparbeschluß finanzielle Leistungen der Bundeshauptstadt für die jüdische Gemeinde gegenüberzustellen. Ein peinlicherer Fehler hätte ihm nicht unterlaufen können. Die „Topographie des Terrors“ ist nämlich eine Angelegenheit von allen Deutschen, nicht nur der jüdischen. Bubis war es, der diese peinliche Angelegenheit ansprach. Die Kehrtwende des Senats folgte auf dem Fuß. Klaus Landowski, einer der einflußreichsten Berliner Politiker und Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, vollzog sie kurz vor Weihnachten. Man halte nun doch am vereinbarten Zeitpunkt fest. 1998 werde das Dokumentationszentrum fertig sein. Der öffentliche Druck hatte das bewirkt. Es fehlte offenkundig weniger am Geld als an gutem Willen, den 60. Jahrestag des Pogroms nicht zu vergessen. Berlin muß seine Rolle als wirkliche Bundeshauptstadt wohl erst noch lernen -im Gegensatz zu vielen Bundesbürgern, die sich der Erinnerungsarbeit nicht verweigern. Das beweisen zwei Zahlen. Zu den Bestsellern des Jahres 1996 gehören Daniel Goldhagen's „Hitlers willige Vollstrecker“ und Victor Klemperers Tagebücher „Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten“. Goldhagen's Buch wurde bis Weihnachten 165.000 mal verkauft, Klemperer 145.000 mal.

Heiner Lichtenstein

Neuheidnische Sekten in der Bundesrepublik:

Götter und Germanen

In der vorherigen Ausgabe des „blick nach rechts“ berichteten wir über neugermanisch-heidnische Organisationen, denen amtlicherseits verfassungsfeindliche Bestrebungen bescheinigt werden. Daneben existieren jedoch noch zahlreiche weitere Gruppierungen aus diesem Spektrum. Der größte Teil der nachstehend aufgeführten Organisationen ist unübersehbar ins rechtsextremistische Lager verstrickt.

Laut Antwort der Bundesregierung (Drs. 13/5434) auf die Kleine Anfrage von SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Fraktion (Drs. 13/5349) liegen über die meisten neuheidnischen Gruppierungen keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse vor. „Beobachtet“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz, d.h., ein gezieltes Sammeln und Auswerten von Informationen, erfolgt lt. Antwort der Bundesregierung derzeit u.a. bei folgenden Organisationen, über die die SPD-Parlamentarier informiert werden wollten, nicht:

- „Armanenorden“ (AO)

Für die „harten Helden“ wird im Thule-Netz der in Köln ansässige „Armanen-Orden“ (AO), der 1976 aus der neugermanisch-rassistischen „Guido von List Gesellschaft“ heraus gebildet wurde, empfohlen. Nach Lists (1919) Auffassung waren die Armanen die Führer und Lenker der Germanen (4. AO-Grundsatz: „Die Erweckung des ArmanenOrdens ist für das Germanentum die Wiedergeburt einer Lebensgestaltung auf der Grundlage der naturgesetzlichen Weltordnung.“). Im Mittelpunkt seiner Lehre steht die mystische Überhöhung der arischen Rasse. Zentrale These von List, vor 1914 einer der herausragenden völkischen Schriftsteller, Begründer der Runen-Esoterik und der Ariosophie, ist, daß es in der Vorzeit einen Priesterorden, die sogenannte Armanenschaft mit überragenden Kenntnissen (= Geheimwissen) gegeben habe. Nach der Christianisierung soll dieses Wissen mittels der Runen, die für Eingeweihte Heilszeichen sind, verschlüsselt worden sein. Der „Armanen-Orden“ wendet sich gegen die biblische Lehre vom Wert jedes Menschen und der Gleichheit aller. An der Spitze der hierarchisch gegliederten Organisa-

tion, deren Glaubensinhalte durch einen extrem primitiven Rassen-Okkultismus mit theosophischem Einschlag geprägt sind, steht der Großmeister Adolf Schleipfer. „Stimme“ der „Armanenschaft“ ist die im 29. Jahrgang erscheinende Zeitschrift „Irmisul“. AO-Werbeanzeigen („Die Kraft zum Sieg über alle Probleme, liegt für uns Europäer allein in unserer abendländisch-keltisch-germanischen Religion“) veröffentlichte u.a. die „Junge Freiheit“; regelmäßige Anzeigen finden sich in „Huginn und Muninn“, dem Organ der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE).

Die Ungleichheit der Menschen

- „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE)

Die von Schleipfer getrennt lebende Ehefrau, Sigrun Freifrau von Schlichting, ebenfalls AO-Großmeisterin, gründete 1990 die extrem kirchenfeindliche „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE), eine Plattform für die Vereinigung aller heidnischen Gruppen in Europa. Regelmäßig wartet die ANSE mit dem Besuch von Kultstätten, Lehrgängen für Symbolkunde, Runenlehrgängen und Stammestreffen auf. Anzeigen und Kurzdarstellungen im ANSE-Organ „Huginn und Muninn. Deutschsprachige Midgard-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien“ (H+M; 8. Jahrgang) belegen, daß diese weltweite Kontakte unterhält. H+M selbst inseriert in der Bundesrepublik u.a. in „Nation+Europa“. Vater von Schlichting, die ihre geistige Heimat zuerst beim „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und später bei dem „Goden-Orden“ fand, war der neugermanische Schriftsteller Hans W. Hammerbacher (NSDAP-Kreisleiter), der bis zu seinem Tod 1980 Mitglied des „wissenschaftlichen Beirates“ der Zeitschrift „Neue Anthropologie“ war. H+M-Schriftleiter ist das AO-Mitglied, der Berliner Bernhard Schulz, Gründer des „Tempels des Semnonen“. Schulz und Schlichting haben auch führende Funktionen bei der „Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen“ e.V. (GEB) inne. ANSE-Gründungsmitglied ist Susanne M. Schönlaub. Deren Mann, Heinrich-Jörn, war einst Bundesvorstandsmitglied der „Deutschen Autofahrer Interessengemeinschaft-Volkspartei“, dann Mitglied der „Deutschen Alternative“ und später bei der „Nationalistischen Front“ (NF) organisiert. Gemeinsam mit Karsten Kube betreibt er die Unternehmen Lebensquell, Germania - Wehr- u.

Sportbestände. Inserate werden z.B. in „Einheit und Kampf“ (E+K), einer rechtsextremistischen Strategieschrift, geschaltet.

- „Germanische Glaubens-Gemeinschaft“ (GGG) und die „Heidnische Gemeinschaft“ (HG)

Der gebürtige Ungar Geza von Nemenyi, einst Mitglied des „Armanen-Ordens“ und zeitweilig Vorstandsmitglied im Berliner Landesverband der Grünen, führt seit 1991 die von ihm wiederbelebte „Germanische Glaubens-Gemeinschaft“ (GGG), die zeitweilig eng mit der völkisch ausgerichteten „Heidnischen Gemeinschaft“ (HG) verbunden war. Die HG definiert sich als „eine Vereinigung, deren Mitglieder sich zu den heidnischen Naturgöttern und zur germanisch-slavisch-keltischen Naturreligion bekennen.“ Für die „Germanische Reihe“ (Broschüre zu Themen wie Runen, Germanische Feste, Thule, Atlantis, Kultstätten, Wiedergeburtsglaube und Heldenmythen) der HG wurde u.a. in „Huginn+Muninn“ geworben. HG und GGG grenzen sich zwar vom braunen heidnischen Spektrum ab; auf Veranstaltungen der ANSE, des AO und des „Bundes der Goden“ wurde dennoch aufmerksam gemacht.

- „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“

Die Ostberliner Polit-Rocker „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“, Befürworter germanischer Ordnungsbilder und Riten, berichteten in der Skin-Postille „Preußens Gloria“ über sich: „Klare Sache, daß auch der Anbeterei des jüdischen Jesus >Balkensepp< Christus von unserer Seite etwas entgegengesetzt werden muß.... Wenn jemand all das, wofür germanische Menschen gestritten haben, erhalten und mehren will, dann sind wir das!“ Wer sich weiter mit dem Thema beschäftigen will, dem empfehlen die „Vandalen“, die eng ins militante neonazistische Netz eingebunden sind, die „Artgemeinschaft“. Zumindest in der aktiven Phase des Neonazi-Aussteigers Ingo Hasselbach galt nach dessen Aussage Andreas Cavael, ein enger Freund von Bendix Wendt und Günther Reinthaler, den treibenden Kräften der „Vandalen“ zugehörig. Intensive Kontakte bestanden zum „Asgard-Bund“ und dessen Jugendgruppe „Wotans Volk“. Verbindungen gibt es zur Skin-Band „Landser“.

- Gylfiliten

Von den Gylfiliten, die in der Erhaltung und Reinhaltung der „germanischen Rasse“ eine „göttliche Forderung“ erblicken, wird Hitler als Halbgott, als Inkarnation Odins angebetet: „Mit der Aufnahme

in Walhall sind durch die große Gnade der Götter alle menschlichen Mängel“ von ihm „abgefallen, so daß man“ ihn „als Fürsprecher vor den Göttern fortan anrufen kann!“ Ihr Glauben, der Germanenkult und Hitler-Religion paart, gipfelt in der Aufforderung: „An Adolf bete zur Einheit Deutschlands!“ Wolfgang Kantelberg (Bruder Wali) gründete 1976 nach seiner Mitgliedschaft in der NPD, der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBD) und beim „Goden-Orden“, die neugermanische Sekte „Gylfiliten“, die auch mit dem „Asgard-Bund“ kooperierte. So empfahl Priem seinem Kameradenkreis neben der „Deutschgläubigen Gemeinschaft e.V.“ auch den „Asgard-Bund“, als „befreundete, nordisch-germanische Glaubensgemeinschaft“, die „dem nordischen Mitmenschen Heimstatt werden“ könne.

- „Deutschgläubige Gemeinschaft e.V.“

Die „artgläubige Haltung“ pflegende „Deutschgläubige Gemeinschaft e.V.“ wurde „1902 nach Teutoburg“ - im Jahr 1911 gegründet. Deren Vorsitzender ist Odfried Jungklaaß, der bereits seit 1967 die Führung der Gemeinschaft innehat. Kooperiert wird verstärkt mit dem Ex-Grünen Michael Pflanz („Heidnische Gemeinschaft“), der das Blättchen „Der Runenstein“ herausgibt. Österreichischer Statthalter der „Deutschgläubigen“ ist Karl-Heinz Schwecht. Als „befreundete“ Organisation wird „Odinic Rite“ in England genannt.

Sieg des alten Atlantis

- „Bund der Goden“

An der Spitze des 1990 gegründeten „Bundes der Goden. Arbeitsgemeinschaft des erweiterten Godenrates der religionswissenschaftlichen Vereinigung >Die Goden< e.V.“ steht August-F. Ventker, Alter Herr der Burschenschaft Askania Hamburg und Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“. Auf Veranstaltungen machen u.a. Huginn+Muninn und die österreichische Monatszeitschrift „Eckartbote“ aufmerksam.

Den „Neugermanisch-heidnischen“ Gruppen zuzurechnen, sind desweiteren neben der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“, einer Gründung des ehemaligen SA-Referenten Herbert Böhme, auch die „Thors Wikinger“ (Kopf: Ex-AOMitglied, Harry Radegeis, der einen „Thors förlag“ betreibt), die positive Ansätze im Dritten Reich erblicken, und die „Tempelhofgesellschaft“ (THG). Großkomptur (Ordensritter) der extrem konspirativ abgeschotteten „Tempelhofgesellschaft“ (Organ: „Babilu“) ist Hans Günther Fröh-

lich, ehemals 2. Bundesvorsitzender und Bundesorganisationsleiter der 1986 gegründeten Neonazi-Partei „Die Deutschen“ (DD), die 1991 mit der Kölner REP-Abspaltung „Die Bürger“ fusionierte. O-Ton Fröhlich: „Der Geist des Ur-Nordens, des alten Atlantis, Thules, des freien Germaniens wird über die dampfenden Schlachtfelder hinziehen und uns die Gnade des Sieges gewähren, die Aufgabe der Neuordnung auferlegen, die Vollendung der Zeiten übertragen“. Nicht nachgewiesen konnte Fröhlich die Urhebererschaft als Erfinder des antisemitischen Spiels „Jud ärgere Dich nicht“ werden. Aus Kreisen der offiziell aufgelösten österreichischen THG entstammen die in rechtsextremen Kreisen kursierenden Nazi-UFO-Videos.

Und über all die hier genannten Organisationen will die Bundesregierung nicht informiert sein?

Anton Maegerle

Rechter Mief für Frankfurt

Zu den Frankfurter Kommunalwahlen am 2. März dieses Jahres wollen neben „Republikanern“ und NPD auch das „Bündnis für Deutschland“ mit dem ehemaligen REP-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Frank (früher CDU) sowie ein „Bürgerbündnis für Frankfurt“ antreten. Das „Bürgerbündnis für Frankfurt“ (BFF) peilt nach eigenen Aussagen acht Prozent der Wählerstimmen an.

Das 1995 ins Leben gerufene „Bürgerbündnis für Frankfurt“ ist ein Zusammenschluß der Freien Wählergruppe „Bürger für Frankfurt“ (1993 gegründet) und dem Frankfurter Kreisverband des „Bundes Freier Bürger“ (BFB; 1994 gegründet). Die Geschäftsstelle des BFF ist der Laden von Alfons Meister; Sprecher des BFF sind der Journalist Wolfgang Hübner und der Polizist Peter Stegerwald. Einladungen zu Veranstaltungen werden u.a. von Annemarie Paulitsch unterzeichnet, die in einem ihrer zahlreichen Leserbriefe in der „Jungen Freiheit“ darüber lamentierte, daß Manfred Bruners BFB „in bester politisch korrekter Art“ nichts „mit ehemaligen REPs zu tun haben“ wolle. Über das BFF („Das Bürgerbündnis ist die Stimme derjenigen, die arbeiten oder arbeiten wollen, Steuern und Gebühren bezahlen, in dieser Stadt heimisch sind und die Gesetze dieses Staates respektieren.

Das ist die Mehrheit, die in unserer Stadt und unserem Staat keine Stimme mehr hat.“) hatte „Nation+Europa“-Mitarbeiter Werner Olles in der JF berichtet.

Schwerpunkte des BFF-Programmheftes „Standpunkte“ (September 1996) sind kommunale Wirtschaftspolitik und städtische Verwaltung. Vorgesprochen wird, den Kulturetat der Stadt Frankfurt drastisch zu kürzen. Die Schuldenlast der Stadt soll verringert, dann wieder sollen aufwendige Verkehrsprojekte finanziert werden. Steuern, vor allem die Gewerbesteuer und Gebühren sollen sinken. Wer sich fragt, wie das alles zusammenpaßt, muß sich mit Formulierungen begnügen, wie, „finanzielle Mittel können in anderen Bereichen eingespart werden“. Gezielt will der BFF vor allem Ladenbesitzer, Handwerker und Selbständige ansprechen. In rechtspopulistischer Manier wird da gegen „Günstlingswirtschaft“ und „bankenhörige Politiker“, gegen den zu teuren Kulturbetrieb etc. gewettert. Statt konkreter Vorschläge werden Allgemeinplätze vorgebracht („Kultur und Kunst haben überaus viel mit Moral zu tun; auf Kredit finanziert, trifft dies unnötigerweise die späteren Generationen“) oder es sollen statt Oper und Theater nicht näher bestimmte „echte künstlerische Anstrengungen“ gefördert werden.

Auf keinen Fall hat das „Bürgerbündnis“ etwas gegen Nicht-Deutsche. Aber Frankfurt soll eine „deutsche Stadt“ bleiben und seine „deutsche Identität verteidigen“. Hochgehalten wird die „Heimatverbundenheit“ und die „angestammte Bürgerschaft“ soll erhalten, was der „politischen Kaste“ und ihrem „Wohlleben“ gestrichen wird. „Kinderreiche deutsche Familien“ müßten Beihilfen zum Häuslebau erhalten, die „weitere Zuwanderung von Unterstützungsempfängern mit ausländischem Paß“ soll aber verhindert werden. Nicht-Europäer sollen zu „Kursen in deutscher Sprache, Kultur und Geschichte verpflichtet“ werden.

Das Wahlvolk will das „Bürgerbündnis für Frankfurt“ mit Pressemitteilungen, stadtteilbezogenen „Dämmerschoppen“, Oldie-Discos mit Schlagern aus den 50ern, 60ern und 70ern „zum Tanzen, Träumen und sich so richtig Wohlfühlen“ und hunderttausenden Flugblättern für sich gewinnen: „Diese Stadt und dieser Staat werden ruiniert. So kann es nicht weitergehen. Jetzt wehren wir uns! Wehren Sie sich mit uns gegen die politische Kaste aus CDU/SPD/Grüne/FDP, die von uns Opfer fordert, doch sich selbst mit Diäten, Pensionen und Pfründen mästet.“

Franco Tirador

Koloniale Sehnsüchte nach „Traumland Südwest“:

„Heia Safari“

Ultrarechte Kreise in der Bundesrepublik fahlen sich den ehemaligen „deutschen Schutzgebieten“ in Ostafrika immer noch herzlich verbunden. Der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung hat dazu aufgefordert, die politische Opposition in Namibia zu unterstützen.

Das Flüchtlingsdrama in Zentralafrika hat den Ruf nach einer internationalen Schutztruppe laut werden lassen. Geschützt werden sollen die hunderttausende Menschen, die den mörderischen Bürgerkriegskämpfen in ihren Heimatländern durch eine Odyssee zu entkommen suchen. Eine deutsche Beteiligung an dieser Schutztruppe ist nicht geplant. Eine ganz andere Schutztruppe hat Linda Sudholt, Inhaberin der Türmer-Kulturreisen, im Sinn, wenn sie für 1997 zwei Reisen unter dem Motto „Auf den Spuren der Schutztruppe“ nach Namibia und nach Tansania anbietet. Für jeweils knapp 5.000 DM können betuchte Interessenten die Stätten der deutschen Kolonialherrschaft, im Orwellschen Neusprech „Schutzgebiete“ genannt, besichtigen.

Wem das allerdings zu teuer ist, der hat auch andere Möglichkeiten, in Kolonialnostalgie zu schwärmen. Für 199 DM bietet der Buchdienst „Lesen & Schenken“ des Dietmar Munier ein „Historisches Grenzschild“ in Aluminiumguß mit der Aufschrift „Deutsches Schutzgebiet“ an. Im Katalogtext heißt es dazu: „Mit gutem Grund hießen die deutschen überseeischen Landerwerbungen nicht Kolonien, sondern Schutzgebiete. Ein zentraler Wesenszug der Deutschen - ihre Toleranz gegenüber Fremden und Nachbarvölkern - erleichterte das Zusammenleben in den Einwanderungsgebieten. So kam das Deutsche Reich ab 1884 auch als Schutzmacht und nicht als Ausbeuter und Unterdrücker wie Briten, Franzosen, Spanier usw.... Dieses Grenzschild hat bald vielleicht auch in Ihrem Haus symbolische Bedeutung, nachdem wir Deutsche heute im eigenen Land Schutzgebiete nötiger denn je haben.“ Von dieser „Toleranz gegenüber Fremden und Nachbarvölkern“ können leider die Hereros nichts mehr erzählen, die zu Beginn des Jahrhunderts von der „Schutztruppe“ in die Wüste getrieben wurden, dort elend verdursteten und so Opfer eines Völkermords wurden. Entsprechend beschönigend heißt es zu dem Buch „Traumland Südwest“ (gemeint ist

nicht Baden-Württemberg) von Hans-Otto Meissner: „Als Meissner in den 60er Jahren Südwest bereiste, war im ehemaligen Deutschen Schutzgebiet noch die Welt in Ordnung.“ Noch herrschte in Namibia das südafrikanische Apartheidregime, noch lag die Unabhängigkeit in weiter Ferne.

Als die Welt noch in Ordnung war

Ähnliches Gedankengut pflegt der Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen/Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete, der 1955 mit Sitz in Hannover wiedergegründet wurde und seit 1969 sein Jahrestreffen in Bad Lauterberg durchführt. Zwar lebt inzwischen niemand der alten Kämpen mehr, doch wurde beizeiten für Nachwuchs gesorgt, der „die deutsche Kolonialgeschichte in das richtige Licht“ setzen und „Geschichtsfälschungen“ entgentreten soll. Dazu wird u.a. mit dem Hilfskomitee Südliches Afrika aus dem Umfeld der rechtsextremen Zeitschrift „Nation + Europa“ zusammengearbeitet. Immer wieder sind bei den Treffen auch die Mützen, Bänder und Schmisse von Burschenschaften zu sehen. Werner Haupt (Bad Sachsa), Funktionär der Gruppe, leistete seinen Beitrag zur Rehabilitierung der deutschen Kolonialgeschichte mit einer Veröffentlichung im militaristischen Podzun-Pallas Verlag und zeigte deutlich, wo seine politischen Sympathien liegen, mit der Übersetzung der Erinnerungen des Führers der spanischen faschistischen Blauen Division im II. Weltkrieg, Emilio Estaban-Infantes. In Gunzenhausen hat ein anderer „Freund der früheren deutschen Schutzgebiete“ ein Kolonialmuseum eingerichtet. Zu den jüngeren Funktionären des Verbandes gehört auch der ehemalige BHJ-Funktionär Hermann Mietz (Emden). Diese Nachwuchsarbeit hat dazu geführt, daß der Verein inzwischen wieder mehr als 300 Mitglieder zählt, obwohl keiner der alten Kolonialkrieger mehr lebt.

Die einschlägigen Verbindungen des Traditionsverbandes hinderten in der Vergangenheit die Repräsentanten von Bad Lauterberg ebenso nicht an der Begrüßung und Verteidigung der alten Krieger wie die vielfältigen öffentlichen Proteste. Schließlich ist in dem Harzstädtchen noch immer eine Straße nach dem Kolonialisten Hermann von Wissmann benannt und „ziert“ den Kurpark eine überlebensgroße Bronzestatue des Mannes, der am Ort stets nur mit dem Beinamen Afrikaforscher genannt wird. Erstmals war vergangenes Jahr beim Treffen am 9./10. November kein Vertreter der Stadt zugegen. Die absolute Mehrheit der SPD seit der letzten Kommunalwahl und ein Generationswechsel in der Partei machten es möglich. Dafür

konnten die Kolonialnostalgiker auf Unterstützung von höchster politischer Ebene zählen. Auch das ist im Prinzip keine neue Erscheinung. Der ehemalige Bundestagspräsident und -minister Kai-Uwe von Hassel z.B. war sich in der Vergangenheit nicht zu schade, seine Verbundenheit zu bekunden. Kaum erstaunlich, wenn man weiß, daß von Hassel in der NS-Zeit an Planungen für ein mittelafrikanisches Kolonialreich der Nazis mitarbeitete.

Im vergangenen Jahr nun hielt Ministerialdirigent Harald Ganns das Hauptreferat der Veranstaltung. Ganns war deutscher Botschafter u.a. in Namibia und ist aktuell Afrika-Beauftragter der Bundesre-

gierung. Dieser Vortrag könnte wohl zu diplomatischen Verwicklungen führen, hätte er nicht fernab in der Provinz stattgefunden. Der Diplomat forderte von der „deutschen Gesellschaft“ in Namibia eine Unterstützung der dortigen politischen Opposition. Es bestehe sonst die Gefahr, daß die Regierungspartei zu stark werde. Auch wenn dies auf demokratischen Wahlen beruhe, könne es nicht im Sinne von Demokraten sein. Eine verquere Logik, ein seltsames Demokratieverständnis, Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten - die Bundesregierung wird schon wissen, warum sie Ganns zu ihrem Afrikabeauftragten gemacht hat.

Jean Cremet

Weltweites Mun-Imperium

Wie mit der Scientology-Organisation umzugehen sei, darüber streiten sich derzeit Politiker querbeet durch die Parteien. Analog zu Scientology trachten allerdings noch andere Sekten in der Bundesrepublik danach, ihren Einfluß zu vergrößern. Über die „Mun-Bewegung“ - auch „Vereinigungskirche“ genannt - hat dazu das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor kurzem eine brauchbare Informationsbroschüre herausgegeben. Bundesministerin Claudia Nolte sieht in der Mun-Bewegung eine mögliche Gefahr für den Einzelnen und die Gesellschaft, so die Ministerin im Vorwort des Heftes. Als wesentliche Elemente der Mun-Sekte werden in der Broschüre u.a. das Streben nach politischer Herrschaft, ein streng hierarchischer Aufbau nach dem Führerprinzip sowie ein Elitebewußtsein der Organisationsmitglieder, die selbstredend der totalen Kontrolle der Sekte unterliegen, genannt. Informativ ist ein Überblick über die weltweiten wirtschaftlichen Aktivitäten des Mun-Imperiums; beispielsweise im Medienbereich: Mun gehört die „Washington-Times“, in Deutschland vertreibt der Frankfurter Kando-Verlag die Publikationen der Sekte, in Südamerika ist die Übernahme mehrerer Rundfunksender sowie eine Tageszeitung geplant. Nach Einfluß sucht die Sekte ebenso im Hochschul- und Bildungsbereich: der Mun-Organisation „Professors World Peace Academy“ gehören namhafte Professoren und Wissenschaftler (auch deutsche; bis Sommer 1995 war der bekannte Bioethiker Martin Sass, Bochum, Vorstandsmitglied) an, in Brasilien, Süd-Korea und den USA verfügt Mun über eigene Universitäten. Neben der Einrichtung eigener Kindergärten

will die Mun-Bewegung auch über Lehrerfortbildung, z.B. das „Forum Ost“ in Österreich, auf das Erziehungswesen einwirken. Die 1954 ins Leben gerufene, seit 1964 auch in der Bundesrepublik aktive, Sekte ist in zahlreiche Organisationen und Untergruppen gegliedert. Zu nennen sind insbesondere C.A.U.S.A. als quasi politischer Arm der Mun-Bewegung, deren deutscher Zweig in Bonn ansässig ist; Untergruppen davon sind wiederum die an den Hochschulen aktive C.A.R.P., das F.G.G. (Forum für Geistige Führung) sowie das I.S.C. (International Security Council; Mitglieder sind hochrangige Militärs), das I.R.F. mit den Untergruppen F.R.W. (Forum Religion und Weltgestaltung), das in der Bundesrepublik religiöse Tagungen veranstaltet, und dem R.Y.S. für Jugendliche sowie die I.C.U.S. mit der oben erwähnten P.W.P.A. für den wissenschaftlichen Bereich, neben vielen anderen. Als hilfreich erweist sich das Literaturverzeichnis von Veröffentlichungen der und über die Mun-Bewegung, das in der Ministeriumsbrochüre im Anhang enthalten ist.

HINWEIS

Bonn - Die Autorin Anita Lasker-Wallfisch liest am 27. Januar in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn aus ihrem Buch „Ihr sollt die Wahrheit erben“. Anita Lasker-Wallfisch, geboren 1925 in Breslau, überlebte Auschwitz dank ihrer Stellung als Cellistin im Mädchenorchester. Nach ihrer Befreiung aus Bergen-Belsen emigrierte sie nach London. Ihr Buch ist ein sehr persönliches Dokument über Auschwitz und Bergen-Belsen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, 27. Januar 1997 um 18.00 Uhr.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika

„Nation+Europa“ (NE) - 47. Jg. Nr. 1/97;
Reichlich matte Eröffnungs-Nummer im Jahr 1997 unter dem Titel „Licht wird wieder werden“, mit dem polemisch ein Weihnachtsgruß des dieserhalb wegen Verstoßes gegen das Wiederbetätigungsverbot verurteilten Rechtsaußen Konrad Windisch aufgegriffen wird. Um die „Absurdität“ zu geißeln, wird Ernst Jünger „Wo der Liberalismus an sein äußerstes Ende gelangt, schließt er Mördern die Türe auf“ zitiert. Im genau gegenteiligen Sinne beklagt im nachfolgenden Text Prof. Paul Berlin, Autor in Gerhard Freys FZ-Verlag, „Liberalismus bis zum Volkstod“ und fordert, Libertinage und Hedonismus, Produkte der Frankfurter Schule, zu bekämpfen, weil für das Gemeinwesen „tödlich“. In diesem Sinne beschwört Franz Schönhuber ein weiteres Mal die „Endzeit“, unfähig nach zwei Weltkriegen zur Regeneration öffneten wir die Schleusen zur Dritten Welt. Karl Richter lobt Schönhubers neuestes Buch „Die verbogene Gesellschaft“ als „ein weises fast abgeklärtes Buch - verböten sich solche Etikette bei einem Vollblut-Zeitgenossen nicht von selbst“; er stimmt der Einschätzung des Autors bezüglich der Ära vor dem „Epochensturz des Jahres 1945“ als „heroisch“ als „Eingeständnis der Realität“ ausdrücklich zu. Beanstandet wird das von der Parteizeitung „Der Republikaner“ für dieses Buch ausgesprochene Werbeverbot. Der Bundesregierung, BM Kanther, wird vorgehalten? mit der Thematisierung der Ausländerkriminalität für den Wahlkampf wildere sie in den „programmatischen Jagdgründen der deutschen Rechten“, die der Verfassungsschutz just deswegen als „ausländerfeindlich und extremistisch“ einstufte.

„Junge Freiheit“ (JF) - 11. Jg. Nr. 50,51 u. 52/96-1/97, 12. Jg. Nr. 2, 3/97;
Die Meinungsfreiheit bedroht sieht Andreas Mölzer wegen linker Gegendemonstranten bei burschenschaftlichen Aufmärschen (50/96). Interviewpartner ist der französische Rechtsextremist Yvan Blot, Europaparlamentarier des Front National, der über beste Kontakte zu Funktionären der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ verfügt und sich der guten Beziehungen des FN zu den italienischen Neofaschisten des Pino Rauti rühmt

(50/96). CDU-Rechtsaußen und JF-Dauer-Autor Heinrich Lummer fordert ein klares Bekenntnis und zügigen Wechsel von Parlament und Regierung nach Berlin (51/96). Horst Übelacker, Vorsitzender des revanchistischen Witiko-Bundes, will von den Tschechen weitere Sühne und Wiedergutmachungsleistungen statt Aussöhnung. Zu Ehren kommt der Haudegen der deutschen Kolonialära in Ostafrika, Carl Peters, anlässlich seines 140. Geburtstags (51/96). Bruno Bandulet, Präsidiumsmitglied des „Bundes Freier Bürger“ und Chefredakteur des „Deutschlandbriefes“, lamentiert über den Euro; Bundeskanzler Kohl sei dabei, die Mark als „letzten Trumpf, das letzte Souveränitätsmerkmal Deutschlands“ preiszugeben und Deutschland der „französischen Geldphilosophie“ auszuliefern (52/96-1/97). Des weiteren bleiben negative Stimmen zur deutsch-tschechischen Erklärung JF-Dauerbrenner (52/96/97). Samuel Huntingtons Thesen vom „Kampf der Kulturen“ werden - ungeachtet einer breiten Rezension u.a. in führenden Printmedien - mit dem Damoklesschwert der angeblichen Political Correctness belegt (2/97). In Frankreich sei dafür - dank des aggressiven Einsatzes des Front National - die Vorherrschaft der Linken in der Kulturpolitik gebrochen; insbesondere rechte Karikaturisten und Comic-Zeichner würden an Auftrieb gewinnen (2/97). Der nach rechts mutierte Ex-68er Klaus Rainer Röhl rechnet mit dem früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ab; dieser habe es gewagt, den Deutschen in seiner Rede zum 8. Mai 1985 von der Befreiung statt Niederlage zu reden - und immer noch bedauert Röhl, daß Steffen Heitmann seinerzeit es nicht geschafft hat, neuer Bundespräsident werden zu können (2/97). Ferner ein Bericht über das GRECE-Kolloquium vom vergangenen Dezember in Paris, an dem auch Vertreter der JF teilgenommen haben (2/97). In ihrer Ani-Euro-Agitation entdeckt die JF auf einmal Sympathien für einen der sonst von ihr so verabscheuten SPD-Politiker, nämlich den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (3/97). Der „Zeitgeschichtsforscher“ Alfred Schickel verbreitet in den Ausgaben 2 u.3/97 wieder einmal - anlässlich der bevorstehenden Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung - seine historischen Erkenntnisse über die Hintergründe der Vertreibung der Sudetendeutschen (z.B. Opfer der Expansionspolitik Stalins, der damit ein „revolutionäres Potential“ für „die Sowjetisierung ganz Europas“ schaffen wollte) und die Rolle der Siegermächte.

Nationalistische Europa-Gegner

Die rechtskonservative britische „Referendum Party“ wurde im August 1994 vom 63jährigen franko-eng-lischen Unternehmer Sir James Goldsmith gegründet. Einziges Ziel der Partei ist nach Eigenangabe ein Plebiszit („Let the people decide!“) über den EU-Beitritt der Briten. Seit 1994 sitzt der fundamentalistische EU-Kritiker Goldsmith im Europäischen Parlament in Straßburg. Gewählt wurde er im Juni 1994 auf der französischen Liste „Europa der Nationen“ von Philippe de Villiers, die knapp dreizehn Prozent der Stimmen erhielt. Aus seinem Privatvermögen, Goldsmith gilt als einer der reichsten Männer Großbritanniens, hat er 20 Millionen Pfund in die „Referendum Party“ investiert.

Goldsmith unterhält zu zahlreichen rechten und rechtspopulistischen Gegnern des Vertrages von Maastricht Kontakt. Bei der Gründung des Landesverbandes Bayern des „Bund Freier Bürger“ im April 1994 nahm Goldsmith als Gast teil. Am 22. April desselben Jahres unterzeichneten Goldsmith und der BFB-Vorsitzende Manfred Brunner (49) zusammen mit den französischen Maastricht-Gegnern Philippe de Villiers und Charles de Gaulle, dem Enkel des einstigen Staatspräsidenten, eine Deklaration von Paris. Beim Parteitag der „Referendum Party“ im Oktober 1996 im Seebad Brighton war Manfred Brunner Gastredner. „Kein ausländischer Gastredner“, so der „Deutschlandbrief“ der „Freien Bürger“ in seiner November-Ausgabe, „erhielt von den 5000 Delegierten soviel Beifall wie Manfred Brunner“. Das Publikum in Brighton bildeten, so der „Deutschlandrief“, „seriöse, gebildete Aktivisten, guter britischer Mittelstand, der in Brighton eindrucksvoll Nein sagte zum Machtanspruch der Europa-Bürokraten.“ Der bekannte Fernsehmoderator Robin Page bezeichnete in seiner Brightoner Rede die Informationskampagnen der EU als „Gehirnwäsche nach faschistischer oder stalinistischer Art“.

Bei der bevorstehenden britischen Unterhauswahl, die spätestens im Mai dieses Jahres stattfinden muß, behält sich Goldsmith eine Kandidatur der „Referendum Party“ vor. Eine Wahlteilnahme der „Referendum Party“ ginge vornehmlich zu Lasten der konservativen Tories. Einer britischen Umfrage zufolge kommen mehr als zwei Drittel der potentiellen Wähler und Wählerinnen aus dem

konservativen Lager. Prominentester Überläufer ist der ehemalige Tory-Schatzmeister Lord McAlpine. Zu den politischen Freunden von Goldsmith zählt der ultrakonservative US-Publizist Pat Buchanan. Auch der österreichische Rechtsaußen Jörg Haider, dessen „Freiheitliche“ seit Oktober des vergangenen Jahres im Europäischen Parlament vertreten sind, ist an einer verstärkten Zusammenarbeit der nationalistischen Gegner der europäischen Einigung interessiert.

Sönke Braasch

HINWEIS

Schreiben nach Auschwitz

Ein internationales Symposium über „Deutsche Nachkriegsliteratur und der Holocaust“ findet vom 5. bis 9. März dieses Jahres in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung wird das Verhältnis von Schreiben über und Erinnerung an den Holocaust in der deutschsprachigen Literatur stehen. Es soll der Versuch unternommen werden, die Nachkriegszeit, in drei Epochen strukturiert, systematischer zu betrachten. Dabei wird es jeweils darum gehen, erstens verschiedene und exemplarische öffentliche Diskurse zu thematisieren, sich zweitens mit Texten zu beschäftigen, die den Charakter eines „Kanons“ angenommen haben (z.B. die „Todesfuge“), und drittens am Beispiel verschiedener Autoren der Nachkriegszeit Spuren der Verarbeitung des Holocaust auch in entlegeneren Texten zu suchen. Behandelt werden auf dem Symposium sowohl philosophische als auch literarische Texte. Herangezogen werden dabei so unterschiedliche Autoren wie Wolfgang Koeppen, Paul Celan, Alfred Andersch, Jean Amery, Peter Weiss, Franz Fühmann, Uwe Johnson, Ingeborg Bachmann, Heinrich Böll, Wolfgang Hildesheimer, Jurek Becker oder Edgar Hilsenrath u.v.a., worüber namhafte Wissenschaftler aus dem In- und Ausland referieren. Zu dem Symposium „Gegenüber - Deutsche Nachkriegsliteratur und der Holocaust“ laden ein: Dr. Doron Kiesel, Evangelische Akademie Arnoldsheim, Hanno Loewy, Fritz Bauer Institut, Frankfurt und Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma, Institut für Sozialforschung, Hamburg.

Info: Evang. Akademie Arnoldsheim, Tel. 06084/944-0, Fax. -/944-194 oder Fritz Bauer Institut, Tel. 069/975811-0, Fax. -/975811-90.

DOKUMENTATION

Deutscher Bundestag und Rechtsextreme

Rechtsextremismus und Antisemitismus waren im vergangenen Jahr regelmäßig Themen für den Deutschen Bundestag. Der „blick nach rechts“ dokumentiert dazu nachstehend die Parlamentarischen Vorgänge in 1996:

I. Situation des Rechtsextremismus in Deutschland

- 01 Tötungsdelikte mit zu vermutender oder tatsächlicher fremdenfeindlicher und/oder rechtsextremistischer Motivation im Jahr 1995 - Kl. Anfrage U.Jelpke, PDS, Drs.13/3544 - Antwort Drs.13/3767;
- 02 Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik im Monat (Dezember 1995 bis Oktober 1996) - Kl.Anfragen U.Jelpke, PDS, Drs. 13/3550-3911-4143-4419-4740-4931-5271-5420-5701-5873 6347 - Antworten Drs. 13/3690-4146-4260-4551-4916-5189-5330-5464-6045-6347;
- 03 Anzeichen vorausgehenden rechtsextremistischen Verhaltens Dritter bei Selbsttötungen von in Abschiebehaft befindlichen Flüchtlingen - Kl.Anfrage U.Jelpke, PDS, Drs.13/3568 Antw.Drs. 13/3801;
- 04 Brandanschläge mit vermuteter oder tatsächlicher ausländerfeindlicher und/oder rechtsextremistischer Motivation auf Wohnungen, in denen Ausländer und Ausländerinnen leben und auf Wohnheime für Asylsuchende (für die Jahre 1993 bis 1995) - Kl. Anfrage U. Jelpke, PDS, Drs.13/3673 - Antw. Drs.13/3826;
- 05 Rechtsextremismus in der Bundeswehr - Wehrbeauftragter des Bundestages - BT-Unterrichtungen -PlPr 13/89 v.29.2.1996 - S.7876 B 7891 C;
- 06 Indizierung rechtsextremer Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Schallplatten, Videokassetten und Computerspielen im Jahre 1995 - Kl. Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs. 13/4014 - Antw. Drs. 13/4222;
- 07 Rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr - Kl. Anfr. E.-M. Bulling-Schröter u. a., PDS, Drs. 13/4056 - Antw. Drs. 13/4341;
- 08 Gegenwärtige Umstrukturierung im bundesdeutschen Rechtsextremismus - Kl. Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs. 13/4281 - Antw. Drs. 13/4494;
- 09 Leugnung der Rechtsverbindlichkeit des Potsdamer Abkommens durch rechtsextreme Organisa-

tionen Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/4280 - Antw. Drs.13/4439;

- 10 Rechtsextremisten und öffentlicher Dienst - Kl. Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs. 13/4291 - Antw. Drs.13/4330;
- 11 Der Brand in einer Lübecker Asylunterkunft - Kl. Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs. 13/4179 - Antw. Drs. 13/4298;
- 12 Der mutmaßliche Mörder von Gladbeck - Kl. Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs.13/4813 - Antw. Drs.13/4989;
- 13 Morde mit tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer/fremdenfeindlicher Motivation im Jahr 1995 - Kl.Anfr. U. Jelpke, PDS, Drs.13/5251 - Antw. Drs.13/5381;
- 14 Gefahren des Rechtsextremismus - Redebeitrag U. Jelpke, PDS, PlPr. 13/121 v.11.9.1996 - S. 10910 B;
- 15 Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in Deutschland - Mdl.Anfr. Hans-Werner Bertl, SPD, Drs.13/6055 - Antw. Pl.Pr. 13/137 v.13.11.1996 - S.12291 C-12292 A;
- 16 Frauen und extreme Rechte (I): Frauen als Aktivistinnen und Zielgruppe der rechtsextremen „Republikaner“ - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs. 13/6583;

II. Internationaler Rechtsextremismus

- 17 Rassismus (Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus) - Mitteilung der Kommission der EG über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (Ratsdok. 4581/96; KOM (95) 653 endg.- Unterrichtung der BReg Drs. 147/96;
- 18 Treffen rechtsextremistischer Gruppen aus europäischen Ländern am 28.1.1996 in Brügge (Belgien) -Schr.Anfr. Siegfried Vergin, SPD, u. Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI, Drs. 13/3777;
- 19 Errichtung einer Schulungs- und Begegnungsstätte durch den Rechtsextremisten J.Siegerist in Lettland -Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u. Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI Drs. 13/5145;
- 20 Deutsche Teilnehmer am Treffen westeuropäischer Rechtsextremisten im belgischen Diskmuide Ende August 1996 - Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u. Schr.Antw. E. Lintner, BMI, Drs.13/5566;
- 21 Verbindung des „Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes“ zur rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ - Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u. Schr.Antw. StDr E.Werthebach, BMI, Drs. 13/5897;
- 22 Aktivitäten neugermanisch-heidnischer Gruppen in Skandinavien und Großbritannien u. Verbindungen zu deutschen Gruppen; EU-Mittel für diese Gruppen - Mdl.Anfr. G.Schröter, SPD, Drs. 13/6055 -

PIPr 13/137 v. 13.11.1996 - S.12293 D - 12294 B;
s.a. 15 (I.);

III. Antisemitismus

- 23 Antisemitische Überfälle, Sachbeschädigung, Leugnung des Holocaust u.a. Straftaten in der Bundesrepublik im Monat Dezember 1995 - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/3549 - Antw.Drs.13/3617;
- 24 Antisemitische Straftaten im vierten Quartal 1995 bis dritten Quartal 1996 Kl. Anfr. U. Jelpke, Drs. 13/3559,4418,5300,4878- Antw. Drs. 13/3768,4552,5375,6044;
- 25 Der „Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag“ und der Antisemitismus - Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über das Buch „Wer ist wer im Judentum? Lexikon der jüdischen Prominenz“ und seinen Autor David Korn - Kl. Anfr. U. Jelpke, Drs. 13/4086 - Antw. Drs. 13/4258; s.a. 17 (II);

IV. Einzelorganisationen, Einzelvorgänge

- 26 Aktivitäten deutscher rechtsextremer Vereinigungen in der Oblast Kaliningrad - Kl.Anfr. A.Buntenbach, B 90/GR - Antw. Drs. 13/3831;
- 27 Studentische Verbindung - Verfassungsschutzrelevante Ermittlungen gegen die „Deutsche Burschenschaft“ -Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u.Schr.Antw. St:Prof.Schelter, BMI, Drs.13/3667;
- 28 Kongreß der „Gesellschaft für freie Publizistik“ in Thüringen- Schr.Anfr. S.Vergin u.Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI, Drs.13/3777;
- 29 Beteiligung von Mitgliedern des MilGFA an der Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945“ von Dr.Joachim Hoffmann; Wirkung auf die rechtsextremistische Szene - Mdl.Anfr W.Nachtwei, B 90/GR, Drs. 13/3842 - PIPr.13/88 v.28.2.1996 - S.7788 D-7790B;
- 30 Neue Organisations- und Aktionsformen der rechtsextremen Szene (u.a. Anti-Antifa-Kampagne, Steckbrief gg.die Abg.U.Jelpke) - Kl.Anfr.M.Such, B 90/GR, Drs.13/4220 - Antw.Drs.13/4350;
- 31 Ausschluß von Trägerorganisationen mit rechtsextremen Tendenzen von der Förderung nach § 96 BVFG -Entschl.Antr.der SPD-Fraktion, Drs.13/4400;
- 32 Betreuung von Gefangenen durch rechtsextremistische Organisationen und Bildung von „Knastkameradschaften“ - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/4523 - Antw.Drs.13/4807;
- 33 Rechtsextreme Verbindungen von VDA-Funktionären - Kl.Anfr. A.Buntenbach, B 90/GR, Drs.13/4519 -Antw.Drs.13/4832;
- 34 Der fünffache Mörder als Gladbeck und sein

rechtsextremer Hintergrund - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/4425 - Antw.Drs.13/4635;

- 35 Gary Rex Lauck und die NSDAP in der Bundesrepublik Deutschland - Kl.Anfr. A.Buntenbach, Drs.13/4638 -Antw.Drs.13/4801;
- 36 Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung rechtsextremistischer Schriften sowie gegen den Leiter der NSDAP/AO G.R.Lauck - Schr.Anfr. A.Buntenbach u.Schr.Antw. PSt Funke Drs.13/4733;
- 37 Der Ministerialdirektor aus dem BMI, die Landsmannschaft Ostpreußen, der Rechtsextremismus und die Mittel aus dem Bundeshaushalt -Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/5172 - Antw.Drs.13/5287;
- 38 Der rechtsextreme „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ und eine Grußbotschaft eines Landesministers - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5166 Antw.Drs.13/5288;
- 39 Rolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Fall des mordverdächtigten Rechtsextremisten T.Lemke -Mdl.Anfr. A.Buntenbach, B 90/GR, Drs.13/4908 - Schr.Antw.PSt E.Lintner, BMI, PIPr.13/112,19.6.1996, S.9993A-C;
- 40 Ergebnisse der Überprüfung der Zeitung „Der Schlesier“ auf eine rechtsextreme Ausrichtung - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5081 Antw.Drs.13/5263;
- 41 Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in der BRD - Kl.Anfr. S.Vergin, Drs.13/5349 -Antw.Drs.13/5434; s.a. 15 (I)., 22 (II);
- 42 Der Verfassungsschutzbericht 1995 und die „Deutschen Burschenschaften“ (DB) - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5345 - Antw.Drs.13/5404;
- 43 Verbindung der HIAG zu rechtsextremen Organisationen - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5342 - Antw.Drs.13/5402;
- 44 Der Verfassungsschutzbericht 1995 und die „Junge Freiheit“ - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/5355 -Antw.Drs.13/5394;
- 45 Der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“ und der Rechtsextremismus - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5448 - Ant.Drs.13/5516;
- 46 Wirkung der Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945“ von J.Hoffmann auf die rechtsextreme Szene - Kl.Anfr. A.Buntenbach, B 90/GR, Drs.13/5559 - Antw.13/5773;
- 47 Der Presseoffizier des deutschen Ifor-Kontingents in Kroatien und der Rechtsextremismus - Kl.Anfr. U.Jelpke, PDS, Drs.13/5672 - Antw.13/5877;
- 48 Verbindungen der rechtsextremen Szene mit der Sekte „Universelles Leben“ - Schr.Anfr. R.Rennebach u.Schr.Antw. PSt Waffenschmidt, BMI, Drs.13/5772;

- 49 Verbindungen zwischen der rechtsextremen Szene und der Scientology-Organisation - Schr.Anfr. R.Rennebach u.Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI, Drs.13/5772;
 - 50 Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg und eine Veranstaltung mit ehemaligen Leitern einer Schule des rechtsextremen „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/5940 - Antw. Drs.13/6184; s.a. 38 (IV.);
 - 51 Die „AG Junge Generation im Bund der Vertriebenen“ NRW und eine Veranstaltung mit rechtsextremen Referenten in Unna-Maassen - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/5909 - Antw. Drs.13/6082;
 - 52 Rechtsextreme Verbindungen der OdR - Kl.Anfr. A.Buntenbach, Drs.13/6157;
 - 53 Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt und der Rechtsextremismus - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/6067 - Antw. Drs.13/6211;
 - 54 Verbot der rechtsextremistischen Heideheim e.V. gem. § 3 VereinsG - Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u. Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI, Drs.13/6056;
 - 55 Einbeziehung neugermanisch-heidnischer Gruppen in die Informationsarbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz und des BMI - Mdl.Anfr. R.Rennebach, SPD, Drs.13/6055 - Antw. PSt E.Lintner, BMI, PlPr 13/137,13.11.1996 - S.12289 B-D; s.a. 15 (I.),22 (II.),41,56,57,58 u.59 (IV.);
 - 56 Berücksichtigung der neugermanisch-heidnischen Gruppen im Verfassungsschutzbericht angesichts der Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen - Mdl.Anfr. S.Vergin, SPD, Drs.13/6055;
 - 57 Verbindungen zwischen neugermanisch-heidnischen Gruppen und der Esoterik- und New Age Szene; Aktivitäten im Internet - Mdl.Anfr. E.Lotz, SPD, Drs.13/6055;
 - 58 Beobachtung neugermanisch-heidnischer Gruppen durch das BfV - Mdl.Anfr. C.Sonntag-Wolgast, SPD, Drs. 13/6055;
 - 59 Mitgliedschaft des Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V., Auflagenhöhe der Schrift Mensch und Maß - Mdl.Anfr. A.Mertens, SPD, Drs.13/6055;
 - 60 Der „Bund für Gesamtdeutschland“ (BfG) und der Rechtsextremismus - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.6159 - Antw.Drs.13/6369;
 - 61 Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“, die „Junge Freiheit“ und der Rechtsextremismus - Kl.Anfr. U.Jelpke, Drs.13/6426;
 - 62 Verbot des Trägervereins (Heide-Heim e.V.) des rechtsextremistischen Schulungszentrums Hetendorf Schr.Anfr. S.Vergin, SPD, u.Schr.Antw. PSt E.Lintner, BMI, Drs.13/6356; s.a.5,7,11u.12(I.); s.a. 34 (IV.);
- V. Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
- 63 Unterstützung von Sportlerinitiativen gegen Gewalt und Rechtsextremismus - Gr.Anfr. SPD-Fraktion, Drs.13/3566 - Antw. BT 13/5329;
 - 64 Ausschluß von Verbänden und Gruppen mit rechtsextremen Tendenzen von der Förderung nach § 96 BVFG -Entschl.Antr. A.Buntenbach, B 90/GR, Drs.13/4369; s.a. 30 (IV.);
 - 65 Auswirkungen der Verbote rechtsextremer oder neonazistischer Vereinigungen Kl.Anfr. M.Such, B 90/GR, Drs.13/4706 - Antw.Drs.13/4993; .a. 29 (IV.);
 - 66 Organisationsformen Rechtsradikaler, Präventionsmaßnahmen- Schr.Anfr. K.Hagemann, SPD, u.Schr.Antw. PSt E. Lintner, BMI, Drs.13/5689;
 - 67 Aberkennung der Gemeinnützigkeit von extremistisch agierenden Vereinen - Mdl.Anfr. I.Follak, SPD, Drs.6055; s.a. 55 (VI.) ff.;
 - 68 Judenverfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus - BT-Sonderdr.. Rede BuPräs.R.Herzog, PlPr.19.1.1996 - S.7125 A-7129 C;
 - 69 Mahnmal für die ermordeten Juden Europas - Aussprache - PlPr.13/104 - 9.5.1996 - S.9062 B-9079 D.

Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Wie man Holocaust-Leugner zurückweist

Es gehört zur Strategie von alten und neuen Nazis, den Holocaust zu leugnen, um damit das Hitler-Regime zu rehabilitieren. Die schlimmsten Verbrechen werden abgestritten und als „Propaganda“ der „Sieger“ gegen das deutsche Volk deklariert. Dabei geht es nicht nur um die Vergangenheit, damit sollen nicht nur die Akteure des Nazi-Systems und die „Mitläufer“ entlastet werden. Es geht auch um die Zukunft: Ein „sauberer“ Faschismus soll als Alternative gegen das „System“ - wie die Nazis schon die parlamentarische Ordnung der Weimarer Republik verächtlich nannten - legitimiert werden. Und ebenso wie in den zwanziger Jahren wütem die Rechtsextremisten heute angesichts der tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Krise Morgenluft.

Es ist daher mehr denn je erforderlich und wichtig, sich immanant mit den rechtsextremistischen Propagandalügen auseinanderzusetzen. Der Verlag an der Ruhr hat dieser Notwendigkeit nun Rechnung getragen: Das Buch mit dem Titel „In Auschwitz wurde niemand vergast.“ - 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt“ präsentiert didaktisch fundiert die richtigen Antworten auf die oft ekelhaft anmutenden Behauptungen von rechts-außen. Der Autor Markus Tiedemann hat die geläufig gewordenen Agitationselemente nach Strukturmerkmalen geordnet und ihnen die geschichtlich belegten Tatsachen kurz und bündig entgegengestellt. Er arbeitet dabei mit Zitaten aus Dokumenten (auch der Nazis), mit Aussagen von Zeitzeugen und Überlebenden des Nazi-Terrors sowie Bildmaterial. Unter letzterem befinden sich auch Fotos, die von den Tätern selbst aufgenommen wurden und sie als Vollstrecker des staatlich organisierten Massen- und Völkermordes überführen. Eines der nach der Befreiung vom Nazi-Terror sichergestellten Fotos zeigt Angehörige des Polizeibataillons 101, die einen zur Deportation bestimmten Juden zum „Abschied“ vor sich niederknien lassen. Daß es sich dabei nicht um einen Exzeß handelte, belegt für jedermann nachvollziehbar ein Auszug aus einer Himmler-Rede (Posen, 4. Oktober 1943), in der der SS-

Führer die Mordschergen lobt. Seine Äußerung zum nazistischen Mordauftrag - „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, ‘ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir“ - dokumentiert, daß der Holocaust kein Staatsgeheimnis war.

Das Buch ordnet die gängigen Agitationsbehauptungen unter den Rubriken „Zur Person Hitlers“, „NSDAP und Staat“, „Wehrmacht“, „Kriegsgegner“ (differenziert nach UdSSR und westliche Alliierte), „Euthanasie“, „Holocaust“, „Erfindenes Beweismaterial“, „Professioneller Revisionismus“ und „Deutsche Bevölkerung“. Der Autor weist daraufhin, daß er das Buch unter dem Eindruck der Wirkung rechtsextremistischer Agitation auf Jugendliche erarbeitet habe. Als „schlicht erschreckend“ habe er empfunden, daß junge Menschen insbesondere mit mittlerer und unterer Schulbildung „mangels Kenntnissen keinerlei Immunität gegenüber revisionistischer Propaganda“ aufgewiesen hätten. Stark beeindruckt sei er zudem von „Ausmaß und Professionalität“ gewesen, mit der „revisionistische Kreise auf Jugendliche einwirken“. Als „bitter“ habe er es erfahren, daß er trotz Geschichtsstudium mit Schwerpunkt Nazi-Zeit nicht in der Lage gewesen sei, „die Pseudowissenschaftlichkeit eines Remer-Reports ad hoc zu widerlegen“. Aus der Erfahrung, daß es ungenügend sei, Lügen als solche bezeichnen, wenn man es nicht beweisen könne, sei er daran gegangen, Geschichtsverfälschungen historische Quellen entgegenzustellen.

Angesichts der Offensive der Ultrarechten ist das Buch von Markus Tiedemann ein wichtiges „Handwerkszeug“ bei der Verteidigung der Demokratie. Der Autor hat es seinem kleinen Neffen und dem Nazi-Gegner Fritz Brinkmann gewidmet, der sich als Häftling im KZ Neuen-gamme geweigert hatte, seine Mitgefangenen mit Benzinspritzen zu töten. Brinkmann wurde von der Stadt Hamburg mehrfach für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen, „was jedoch“ - wie der Autor mitteilt - „aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit abgelehnt worden ist“.

Rudolf Schwinn

Markus Tiedemann: „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt“. Verlag an der Ruhr. Mülheim a. d. R., 1996. 183 Seiten. DM 24,80.

Tagebuch

Aschaffenburg - Ein breites Bündnis von über 30 Gruppen, Vereinen und Parteien, darunter auch die SPD, will in diesem Jahr verhindern, daß am 22. Februar - wie in den Vorjahren - Neonazis ungestört durch die bayrische Stadt Aschaffenburg marschieren und ihren „Hans-Münstermann-Gedenkmarsch“ durchführen können. Der 20jährige Deutsche Münstermann wurde am 22. Februar 1993 bei einer Schlägerei durch einen albanischen Asylantagsteller, der später vom Gericht wegen erwiesener Notwehr freigesprochen wurde, erstochen. Seit 1993 ruft die neonazistische Szene, darunter die NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ und die „Nationalen Infotelefone“ (NITs), bundesweit zum „Hans-Münstermann-Gedenkmarsch“ auf. In den letzten Jahren waren u.a. dabei: Jürgen Schwab, Kai Dalek, Achim Ezer, Peter Marx, Holger Apfel, Michael Petri, Falco Schüßler, Jens Pühse, Uwe Meenen, Andre Goertz und Axel Schunk. Koordinator des „Marsches“ ist der nationaldemokratische Multifunktionsär Klaus Beier (geboren 1966 in Hof an der Saale).

Barcelona/Spanien - 7.000 Bücher, vorwiegend in deutscher Sprache, aber auch spanische und englische, hat die katalanische Polizei in der neonationalsozialistisch ausgerichteten „Buchhandlung Europa“ in Barcelona beschlagnahmt. Besitzer der Buchhandlung, einem zentralen Umschlagplatz für holocaustleugnende Literatur (u.a. Christophersen, Honsik, Ochensberger, Remer) in die ganze Welt, ist der notorische Hitlerverehrer Pedro Varela.

Berlin - Neuer Ressortleiter Kultur der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) ist Kristof Berking (31). Berking, parteipolitisch war er beim „Bund Freier Bürger“ aktiv, löste nach zwei Jahren Angelika Willig (33) ab. Die promovierte Philosophin Willig bleibt der JF jedoch als Autorin erhalten. Ihre publizistische Karriere begann Willig bei der Studentenzeitung „Münchener Freiheit“ und dem neurechten Theorieorgan „Criticon“. Zum Jahreswechsel verließ Uwe Faesel (30) die JF als Leiter Marketing/Vertrieb und wechselte zum in Hamburg erscheinenden „Ostpreußenblatt“. Faesel trat erst zum Jahresanfang 1996 seinen Dienst bei der „Jungen Freiheit“ an und betreute die Bereiche Anzeigen, Vertrieb, Werbung und Leserdienst. Zuvor war Faesel mehrere Jahre in der Sparte Marketing bei mittelständischen Unternehmen sowie in der landsmannschaft-

lichen Arbeit aktiv. Ende 1996 wurde Faesel Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO).

Bochum - Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (UAP; gegründet 1962) hat auf ihrem 18. Parteitag in Bochum einen neuen Parteivorstand gewählt bzw. bestätigt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Erhard Kliese aus Essen-Borbeck wiedergewählt. In ihrem Amt bestätigt wurden auch die stellvertretenden Parteivorsitzenden Ulrich Villmow und Heinz-W. Walkenhorst (beide: Hattingen/Ruhr). In ihren Ämtern als Bundesvorstandsmitglieder verbleiben ferner Horst Bosbach (Bochum), Franz Muhri (Bochum) und Rainer Weber (Kaarst bei Essen). Prominentes früheres Mitglied des UAP-Bundesvorstands (= Zentralbüro) ist der Osteuropa-Experte Wolfgang Strauss, heute Redakteur der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation+Europa“.

Bonn/Mainz - Dem Bundeskriminalamt sind im vergangenen Oktober 117 fremden- oder ausländerfeindlich motivierte Straftaten bekannt geworden. Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilte, wurden dabei 35 Menschen verletzt. Insgesamt waren 114 Tatverdächtige gemeldet worden, wovon 49 vorläufig festgenommen wurden. Gegen neun Personen soll Haftbefehl ergangen sein. Nach Mitteilung der Bundesregierung lag die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten mit 22 Vorfällen am höchsten in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Brandenburg (14) und Thüringen (13).

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen und antisemitischen Straftaten in 1996 auf 224 (1995:338) Vorfälle gesunken. Dies erklärte der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber bei der Eröffnung der Ausstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz über „Rechtsextremismus in Deutschland“ (s.BNR 1/1997) am 8.Januar in Mainz. Als besonders erfreulich bewertete Zuber dabei den Rückgang der Brand- und Sprengstoffanschläge von zwei auf null sowie der Körperverletzungen von 23 auf acht Vorfälle.

Düsseldorf - Im neonationalsozialistischen Thule-Mailbox-Netz wirbt ein baden-württembergischer Rechtsextremist mit dem Pseudonym „Johnny Kontrolletti“ für eine Musikzeitschrift namens „Rock Nord“; sein Lob: „Absolut professionell“. Herausgeber des Blattes ist die „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH“ im nordrhein-westfä-

lischen Langenfeld. Chefredakteur ist Andreas Zehnsdorf (einst Mitherausgeber des Skinblättchen „frontal“, das aus dem Essener FAP-Blatt Querschläger hervorging, und später in „Moderne-Zeiten“ aufging, aus dem dann „Rock Nord“ wurde). Zur Redaktion gehören Mike Beyer, Frank Krämer und George Hell. Die Auflage des Blattes, in dem auch der wegen Beihilfe zum versuchten Mord an einem Nigerianer zu acht Jahren Haft verurteilte selbsternannte Führer der „White Knights of the Ku Klux Klan/Germany“, Carsten Szczepanski (JVA Brandenburg), seine Meinung äußern kann, beträgt angeblich 15.000 Exemplare.

Fulda/Frankfurt - Das Oberlandesgericht Frankfurt hat entschieden, daß gegen die Neonazi-Funktionäre Dirk Winkel und Christian Worch kein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eröffnet wird. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die beiden maßgeblichen Organisatoren des Rudolf-Hess-Gedenkmarsches vom 13. August 1993 Anklage erhoben, was vom Landgericht niedergeschlagen worden war der erste Strafsenat des OLG hat jetzt die Beschwerde der Staatsanwaltschaft Fulda gegen den Beschluß des Landgerichts rechtskräftig zurückgewiesen. Die zuständigen Sicherheitsbehörden und die hessische Landesregierung waren seinerzeit wegen des Aufmarsches von mehr als 500 Neonazis in Fulda anläßlich des 6. Todestages von Rudolf Hess im August 1993 heftigst in die Kritik geraten.

Göttingen - Die ultrarechte Mini-Partei „Deutsche Solidarität-Union für Umwelt- und Lebensschutz“ (kurz: „Öko-Union“) hat ihren Gründer und langjährigen Bundesvorsitzenden verloren. Horst Göttig, einst Mitglied der NPD und der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“, starb kurz nach Vollendung des 80. Geburtstages.

Halle/Saale - Seit September findet sich im INTERNET eine „German National Socialist and Hammerskin Page“. In englischer Sprache (um mehr Leserinnen zu erreichen) soll im INTERNET über die bundesdeutsche NS-Szene berichtet werden, um die „Lügen“ der „jüdischen Medien“ zu umgehen. Die Hammerskins beanspruchen von sich selbst, die „größte und beste Skingruppe“ in der Bundesrepublik zu werden. Geworben wird für das Hammerskin-Fanzine „Hass Attacke“. CDs können beim „Ultima-Tonträgervertrieb“ in Halle/Saale, auf dessen aktuelles Angebot regelmäßig in den „Nationalen Infotelefonen“ (NITs) hingewiesen wird, bestellt werden.

Hamburg - Der stellvertretende Vorsitzende der „Deutschen Volksunion“ Hamburg, Günther Glawatz, ist Ende vergangenen Jahres verstorben. Die Hamburger DVU schaltete eine Traueranzeige in der „Deutschen National-Zeitung“ des Dr. Frey.

Hamburg/Mainz - In einem Interview mit der Neonazi-Postille „Hamburger Sturm“ (12/96) erzählt Ursel Müller (Mainz), Vorsitzende der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene“ (HNG), ihren Lebenslauf. Politisch aktiv ist die im „Jahr der Machtergreifung“ (1933) Geborene seit 1964; damals engagierte sie sich für die AKON („Aktion Oder-Neiße“), einen Vorläufer der „Aktion Widerstand“. Betreut würden von der HNG, so Müller (Szene-Jargon: „Mutter der Kompanie“), „an die hundert“ Alt- u. Neonazis; darunter: Gottfried Küssel, Gerhard Lauck, Hans-Jörg Schimaneck, Christian Worch, Günter Deckert und Josef Schwammberger.

Hamburg/Villingen-Schwenningen - Im Rahmen einer Kulturveranstaltung hat die „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.“ (Geschäftsstelle: Villingen-Schwenningen) die von Stiftern, Förderern und Spenden zusammengebrachten Preisgelder eines „Förderpreises für Bildende Kunst“ (16.000 Mark) vergeben. Der Preis für Graphik ging an Helga Bauke (Baden-Württemberg), für Malerei an Helmut Ditsch (Österreich) und an Hermann Grunert (Sachsen). Berichtet wurde über die Preisvergabe in den vierteljährlich erscheinenden „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“. Vorsitzender der „Notgemeinschaft“ ist Lisbeth Grolitsch, zugleich Präsidentin des österreichischen Zweiges des „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes e.V.“ (DKEG). Als Geschäftsstellenleiter fungiert Sepp Biber, Mitglied der rassistischen „Artgemeinschaft“. Geworben wurde für den „Förderpreis“ u.a. im „Ostpreußenblatt“ und in „Nation+Europa“ (NE).

Heidelberg - In einem Leserbrief, veröffentlicht in der jüngsten Ausgabe (November/Dezember 1996) der neonationalsozialistisch ausgerichteten „Westdeutschen Volkszeitung“, propagiert der in Heidelberg ansässige Nationalrevolutionär Helmut Braun die „Vorzüge“ eines „nationalen Sozialismus“. Demnach bedeute „Sozialismus die Befreiung der Schaffenden von Parasiten der eigenen Gesellschaft“, während „Nationalismus die Befreiung der Völker von Unterdrückung und Bevormundung durch imperialistische Mächte sowie durch das große Kapital“ darstelle. Braun war einst stellver-



tretender Vorsitzender der „Nationalistischen Front“ (NF), schloß sich nach der NF-Spaltung 1992 der „Sozialrevolutionären Arbeiterfront“ (SrA) um Andreas Pohl an und kandidierte zuletzt als Ersatzkandidat der Heidelberger NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1996.

Johannesburg (SRA) - Durch rechtsextreme Bombenleger wurden in Südafrika in den vergangenen Wochen vier Menschen getötet und mehr als 60 verletzt. Zu den Anschlägen hat sich eine Gruppe mit der Bezeichnung „Buren Angriffsgruppen“ (BAT) bekannt. Möglicherweise soll die Gruppierung Verbindungen zur rechtsextremistischen „Afrikaaner Widerstandsbewegung“ (AWB) haben.

Kansas City (USA) - Dem ehemaligen SS-Mann Michael Kolnhofer soll nach Willen des amerikanischen Justizministeriums wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Dem 79jährigen Kolnhofer, der aus Kroatien stammt, wird vorgeworfen, während des Zweiten Weltkriegs als Mitglied der Waffen-SS in den KZs Sachsenhausen und Buchenwald an der Judenverfolgung beteiligt gewesen zu sein. Seit Beginn der Untersuchungen der Sonderabteilung des amerikanischen Justizministeriums zur Verfolgung von NS-Verbrechen im Jahr 1979 wurde 57 ehemaligen Nazis die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt, 48 wurden des Landes verwiesen. Gegen 300 weitere Personen soll gegenwärtig noch ermittelt werden.

Nürnberg - In Nürnberg hat sich ein breites rechtsextremes „Bündnis gegen das KOMM“, ein bundesweit bekanntes Kommunikationszentrum, gebildet. In einem Aufruf des „Bündnisses“, dem der „Freiheitliche Volksblock“ (FVB), die Nürnberger „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und die NPD, die „Junge Franken-Zeitung der nationalen Erneuerung“, der „Deutsch-Kroatische Freundeskreis“, das „Nationale Infotelefon Franken“ und „unabhängige Anti-Antifa-Gruppen und Kameradschaften in Franken“ angehören, wird gefordert: „Helfen Sie uns den Schandfleck am Königstor zu beseitigen und eine sinnvolle und gewaltfreie Jugendpflege in Nürnberg durchzusetzen.“ Eingesperrt wurde der Aufruf auch ins Thule-MailLox-Netz durch den Pseudonymus „Karl Valentin“.

Nürtingen (Kreis Esslingen) - Dr. Walter Staffa (79), Ehrenvorsitzender des revanchistischen „Witiko-Bundes“, hat sein Mandat im Nürnberger Gemeinderat niedergelegt. Der Allgemeinmedizi-

Adresse:

ner Staffa gehörte 37 Jahre dem kommunalen Gremium in der württembergischen Hölderlinstadt an. Zuletzt war er Fraktionsvorsitzender der Wählervereinigung „Unabhängige Freie Bürger“ (UFB/FWV). Im Rahmen der Jahrestagung des „Witiko-Bundes“ in Naumburg/Saale im September 1996 reichte Staffa nach sechs Jahren im Amt den Vorsitz an den ehemaligen REP-Funktionär Horst Rudolf Übelacker (60), seinen bisherigen Stellvertreter, weiter. Auf Anregung Übelackers wurde Staffa Ehrenvorsitzender des 1948 gegründeten „Witiko-Bundes“ (vgl. BNR 10/95).

Oberbohringen (Kreis Esslingen) - In der aktuellen Ausgabe von „Das Freie Forum“, dem Mitteilungsblatt der revisionistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“ (GFP), wird der GFP-Jahreskongreß angekündigt. Vom 25. bis 27. April 1997 soll im südwestlichen Sachsen der „Deutsche Kongreß“ durchgeführt werden. „Bitte zu diesem Wochenende keine weiteren Veranstaltungen“, annonciert die GFP parallel in einschlägigen rechten Periodika. Vorsitzender der 1960 von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründeten „Gesellschaft für Freie Publizistik“ ist seit 1992 der frühere Chefideologe der NPD, Lektor des revisionistischen „Grabert Verlages“ und „Witikon“ Dr. Rolf Kosiek (62). An den GFP-Kongressen nahmen in der Vergangenheit zahlreiche, teils hochrangige Vertreter der gesamten rechtsextremistischen Szene teil.

Zagreb (Kroatien) - In Kroatien werden seit September vergangenen Jahres die „Protokolle der Weisen von Zion“ in neuer Auflage vertrieben. Auf den Protest von Simon Wiesenthal, Leiter des Wiener Dokumentationszentrums Jüdischer Verfolgter des Naziregimes, reagierte der Pressesprecher des kroatischen Präsidenten Tudjmann mit einem Verweis auf die in seinem Land bestehende Pressefreiheit. Die „Protokolle“ sind eine 1903 von der zaristischen Geheimpolizei produzierte Fälschung, mit der angebliche jüdische Weltbeherrschungspläne belegt werden sollen. Das Machwerk ist in zahlreichen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, wegen Volksverhetzung verboten.